

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreis
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 295
Tel.-Börse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506 - 2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bewersdorff über Stresemann.

Ein Urteil, das seinesgleichen sucht.

Wenn ein deutschnationales Blatt einem volksparteilichen Außenminister vorwirft, er lasse sich vom Ausland bestechen — so ist das eine Bagatelle, die nach Bewersdorff mit lumpigen Hundert Reichsmark zu ahnden ist!

Aus dem Mai-Wahlkampf 1924 datiert ein Beleidigungsprozess, der dieser Tage vor dem Magdeburger erweiterten Schöffengericht unter Vorsitz des Obert Richters Bewersdorff stattfand. In dem offiziellen Organ der deutschnationalen Partei, der „Magdeburger Tageszeitung“, war kurz vor dem Wahltermin (4. Mai 1924) aus allerhand verunglimpften „Gerüchten“, die in deutschnational-völkischen Kreisen mit Wollust kolportiert wurden, ein Artikel zurechtgebraut worden, in dem der damalige Reichsregierung Marx-Stresemann Bestechlichkeit und Landesverrat vorgeworfen wurde. Ausführlich wurden „Gerüchte“ verzeichnet, nach welchen Stresemann von seinem Schwiegervater mit scheidenden Kronen besprochen und sich in seinem Handeln als Außenminister dadurch beeinflussen lasse. Von einem anderen Minister wurde behauptet, daß bei ihm französisches Geld eine Rolle spiele. Dann hieß es in dem schwarzweißen Dargon weiter, daß nur noch eine bis aufs Blut ausgefaugte internationale Kolonie seien, daß die Reichsregierung nach „neudeutsch-vornovemberlicher Tradition“ regiere und daß sie nicht im Interesse des Vaterlandes handle und daß ihr jedes nationale Gefühl fehle. „Das Verhalten der Re-

gierung grenzt an Landesverrat. Solche Regierung gehört vor den Staatsgerichtshof!“

Wegen dieses beleidigenden Artikels wurde seinerzeit die „Tageszeitung“ auf 14 Tage verboten. Nachdem der Verlagsdirektor beim Oberpräsidenten Harsing die Erklärung abgegeben hatte, daß eine Beleidigung der Regierung nicht beabsichtigt war, wurde das Verbot nach drei Tagen aufgehoben. Reichskanzler Marx aber stellte Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur, der sich jetzt vor dem erweiterten Schöffengericht zu verantworten hatte.

Die Staatsanwaltschaft beantragte wegen öffentlicher Beleidigung 600 Mark Geldstrafe. Das Gericht verurteilte den Beschuldigten nur zu 100 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung sagte Landgerichtsdirektor Bewersdorff, daß der Artikel wohl beleidigend sei, aber nicht in alzu erheblichem Umfange die Grenzen des Erlaubten überschreite!

Wenn das deutsch-nationale Blatt der Regierung vorwirft, sie begehe Landesverrat und gehöre vor den Staatsgerichtshof — so kostet das auch nur — nach Bewersdorff — lumpige 100 Reichsmark alles in allem!

Wie wird demnach die Ehre des Herrn Bewersdorff einzuschätzen sein, der bekanntlich nicht nur gegen Landgerichtsdirektor Kroner, sondern auch gegen Theodor Wolff vom „Tageblatt“ Strafantrag gestellt hat. Wird er sich selber höher bewerten als Reichskanzler und Außenminister zusammengenommen?

Stinnes — Belagerungszustand.

Heeresberichte und Pressezensur.

Die Firma Hugo Stinnes — obgleich unter Geschäftsaufsicht Finanzkontrolle und Kuratel des sanierenden Finanzkonfunktions gestellt — sieht immer noch auf hohem Pferde. Ihre offiziellen Mitteilungen für die Öffentlichkeit sind treffend mit Heeresberichten von jener üblen Art verglichen worden, die Herrn von Heydenbrand zu dem Aufruhr führte: wir sind belagert und betrogen worden! Die Firma Stinnes verfolgt den Grundsatz: unsere Geschäfte gehen die Öffentlichkeit einen Dreck an. Das ist die Maxime Hugo Stinnes des Gründers, der das Duntel brauchte, um seine Transaktionen gegen die deutsche Volkswirtschaft durchzuführen zu können.

Sie will aber nicht nur die Öffentlichkeit irreführen, sie möchte am liebsten auch der Öffentlichkeit das Maul verbinden. Der „Zeitungs-Verlag“, das offizielle Organ des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, brachte bereits in seiner Ausgabe vom 29. Mai d. J. eine Notiz „Veränderungen im Stinnes-Konzern“, in der höchst überflüssigerweise der „verantwortungsbewußten deutschen Presse“ ins Gedächtnis zurückgerufen wurde,

„daß jede Uebertreibung und einseitige tendenziöse Behandlung wirtschaftlicher Vorgänge eine nationale Gefahr bedeutet, wenn sie dem Auslande Anlaß gibt, die Solidität der in mühsamem Wiederaufbau begriffenen deutschen Wirtschaft wieder weniger freundlich zu beurteilen, mit anderen Worten: wenn sie die Kreditwürdigkeit Deutschlands beeinträchtigt.“

Es heißt dann weiter:

„Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint es notwendig, daß die Presse den in den letzten Tagen erfolgten Veränderungen im Stinnes-Konzern gegenüber zunächst Zurückhaltung bewahrt und erst die praktische Auswirkung abwartet, damit die Tendenzen des Auslandes nicht durch vorzeitige deutsche Kritik in einem Sinne unterstützt werden, die der deutschen Volkswirtschaft schädlich sein kann.“

Das ist echt Stinnesche Tonart, und es wäre interessant zu erfahren, wer dem „Zeitungsverlag“ diese Notiz gegeben hat.

Leider kann Herr Hugo Stinnes junior nicht den Belagerungszustand verhängen und mit Verboten und Zensur die Pressekritik unterdrücken. So muß er sich begnügen, in seiner eigenen Presse von willfährigen Hausjournalisten den ramponierten Glanz der Firma Stinnes besingen zu lassen.

Keine Anfrage.

Herr Hugo Stinnes der Gründer trug sich mit dem Projekt, die Reichsbahn in seine Hand zu bringen. Als er nicht auf Gegenliebe stieß, suchte er Freunde des Gedankens in England zu gewinnen, um mit ihrer Hilfe sein Projekt durchzuführen.

Frage: Was wäre aus der Reichsbahn geworden, wenn Hugo Stinnes der Gründer sie geschluckt hätte?

Das Heer des Tschechenstaats.

Fortan fast ohne französische Leitung.

Prag, 8. Juni. (Tl.) Wie die „Tribuna“ erfährt, hat die französische Regierung der Prager Regierung mitgeteilt, daß sie den Zweck der französischen Militärmission als Kommandoorgan für erledigt erachtet, sich aber gleichzeitig bereit erklärt, an dem Ausbau der tschechoslowakischen Armee in beratender Weise mitzuwirken. Die Prager Regierung hat das französische Angebot angenommen, so daß die französischen Offiziere im Laufe des Herbstes durch tschechoslowakische ersetzt werden. General Surov wird wahrscheinlich Generalstabschef werden. Der französische General Mittelhauser wird als scheidender Berater des Ministers hier bleiben. — (Herr Mittelhauser, ein Elässer, spricht geläufig deutsch: zwischen ihm und dem Behrminister Udizal gibt es keine Sprachschwierigkeiten. Red. d. B.)

Die belgische Krise gelöst.

Fünf sozialistische Minister. — Vanderelde: Außerer.

Brüssel, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend und Sonntag tagte im Brüsseler Volkshaus der Parteitag der Belgischen Arbeiterpartei unter dem Vorsitz der Genossen Vercauteren und Ansele, die beide auf dem ersten Parteitag der Arbeiterpartei vor 40 Jahren präsidiert hatten. Tom Shaw vertrat die Internationale. Der Parteitag behandelte fast ausschließlich die politische Lage unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nach zweitägiger leidenschaftlicher, aber durchweg hochschwebender Debatte, deren Höhepunkte die Reden de Broeckeres gegen und Wauters für die Beteiligung an der Regierung Boulet waren, wurde die Beteiligung mit 495 880 gegen 108 325 vertretenen Stimmen bei 22 000 Stimmenthaltungen beschlossen, also mit reichlicher Zweidrittelmehrheit. Brüssel war gegen die Beteiligung, während Lüttich geteilt und andere Landesstellen überwiegend für die Beteiligung stimmten. Die Krise ist also als gelöst zu betrachten. Nach Schluß des Parteitages trat der Generatrat zusammen, um die Namen der fünf sozialistischen Minister wie folgt zu bestimmen: Vanderelde Außerer, Caboulle Innerer, Hysmans Unterrichts, Wauters Arbeit, Ansele Eisenbahnen.

Unterredung Briand-Chamberlain.

Ueber Garantiepakt, Völkerbund, Kölnbesetzung.

Paris, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Genf hat am Sonntag zwischen Briand und Chamberlain, die die Reise nach Genf getrennt gemacht hatten, im Anschluß an ein gemeinsames Frühstück der erste mündliche Gedankenaustausch über den Garantiepakt und die damit zusammenhängenden Fragen stattgefunden. Die Unrichtigkeit der von der französischen Presse gegebenen Interpretation der jüngsten englischen Note, wonach die englische Regierung das Recht Frankreichs zu einem Durchmarsch seiner Truppen durch deutsches Gebiet anerkannt habe, wird nunmehr auch von offizieller Seite zugegeben. Die englische Note hat sehr unzweideutig auf die einschlägigen Bestimmungen der Völkerbundakte verwiesen, die das von Frankreich im Falle eines Konflikts geforderte Recht ausdrücklich von der einmütigen Zustimmung des Völkerbundesrates abhängig machen.

Nach den Meldungen der Pariser Presse soll die Unterredung zwischen Briand und Chamberlain, die den ganzen Nachmittag gedauert hat, die Einigung über die Antwort auf das deutsche Garantieangebot in vollem Umfange bekräftigt haben. Die halbamtliche Havas-Mitteilung hebt jedoch ausdrücklich hervor, daß Chamberlain bereits von London abgereist ist, bevor das englische Kabinett Gelegenheit hatte, die französische Note auf das jüngste englische Memorandum zu prüfen; Chamberlain habe unter diesen Umständen noch keinerlei definitive Antwort zu geben vermocht, da er die Entscheidung des Ministerrats abwarten müsse. Nach dem „Matin“ sollen die beiden Minister u. a. dahin übereingekommen sein, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund im September erfolgen könne, auch wenn es seinen Entwaffnungsverpflichtungen noch nicht völlig nachgekommen sei. Die beiden Minister seien von der Auffassung ausgegangen, daß die Verlängerung der Besetzung von Köln keine Sanktion darstelle, sondern daß die in dem Friedensvertrag vorgesehene Räumung nach 5 Jahren lediglich eine Art Prämie für die pünktliche Erfüllung durch Deutschland darstelle. „Petit Parisien“ meldet, daß Chamberlain noch bis Ende der Woche in Genf bleiben werde, während Briand bereits Mittwoch wieder nach Paris zurückreist, in der Erwartung, daß die bis dahin vorliegende Zustimmung des englischen Kabinetts die Abwendung der französischen Note an Deutschland ermöglichen werde.

Der bulgarische König unterzeichnete das Todesurteil gegen Bert Schmeiß, der in den nächsten Tagen hingerichtet werden wird. Die Todesstrafe gegen Frau Nikolowa und Zeger wurde in lebenslängliche Kerkerstrafe umgewandelt.

Die Sparer sind schuld.

Deutschnationaler Hohn für die Betrogenen.

Nach den bisherigen Plänen hat der Reichstag, bevor er seine Sommerferien antritt, noch ein ungeheures Maß von Arbeit zu bewältigen. Außer dem Hauptetat und zahlreichen Ergänzungsetats für 1925, die verabschiedet werden müssen, sollen neben kleineren Gesetzesvorlagen noch 9 schwierige Steuergesetze, die Zollvorlage und die beiden Aufwertungsgesetze durchberaten werden. Niemand weiß, wie dieses Pensum bewältigt werden soll, und nur bezüglich der Aufwertungsgesetze kann mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß man sie vor den Ferien zur Verabschiedung bringen wird. Das Feuer brennt hier Regierung und Regierungsparteien auf den Nägeln und man will baldmöglichst Schluß machen mit dieser so fatalen und blamablen Angelegenheit. Bitterlich erklärte der deutsch-nationale Führer Hergt im Ausschuß am 27. Mai: „Man müsse endlich durchhauen und dürfe keine sentimentalische Gefühlspolitik treiben“, und der Sprecher des Zentrums, Dr. Scheiter, verlangte gleichfalls, daß ein Ende gemacht werde, „wenn es auch ein Ende mit Schrecken nach“.

In der Tat werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Beratungen für die schon so oft betrogenen armen Gläubiger und Sparer zu einem Ende mit noch weit größeren Schrecken werden, als sie bisher angenommen haben. Am 15. Mai wurde halbamtlich bekanntgegeben, daß die fünf Regierungsparteien mit der Regierung für die weiteren Beratungen der Aufwertungsgesetze bindende Richtlinien vereinbart hätten, und die Sparer und Gläubiger konnten mit Fug und Recht annehmen, daß diese Vereinbarungen die unterste Grenze dessen darstellen würden, auf das sie mit Sicherheit rechnen könnten. Weit gefehlt. Man hat sich nicht gehütet, gleich in den ersten beiden Ausschüßsitzungen Ende Mai von den vereinbarten Richtlinien, und zwar selbstverständlich zuungunsten der Gläubiger, auf das erhebliche abzuweichen.

In den Richtlinien heißt es unter 3: „Bezüglich der Verzinsung verbleibt es bei der Regierungsvorlage.“ Die Regierungsvorlage bestimmt im § 5 Absatz 2:

„Der Zinssatz beträgt vom 1. Januar 1925 ab 2 Prozent, vom 1. April 1925 ab 4 Prozent und vom 1. Januar 1926 ab 5 Prozent; in keinem Falle sind jedoch mehr als die vertragsmäßig ausbedungenen Zinsen zu entrichten.“

Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten, den Zinssatz für den aufgemerteten Betrag unter gewissen Voraussetzungen auf 8 Proz. festzusetzen. Abgeordneter Dr. Best wünschte eine Verzinsung von 5 Proz. Die Regierungsparteien beschloßen, daß der aufgemertete Betrag vom 1. Januar 1925 mit 1,2 Proz., vom 1. Juli 1925 mit 2,5 Proz., vom 1. Januar 1926 mit 3 Proz. und vom 1. Januar 1928 mit 5 Proz. verzinst wird. Es erhebt ohne weiteres, welche bedeutenden materiellen Vorteile mit dieser großen Herabsetzung der Zinsen für drei Jahre wiederum den Schuldner zugestanden werden, Vorteile, die ihnen zu einem sehr erheblichen Maß gleich das einbringen, was die geringe Erhöhung des Aufwertungssatzes sie später einmal kostet.

Aber damit nicht genug! In zarter Rücksichtnahme auf die Interessen der Schuldner bestimmt die Regierungsvorlage:

„Die Zahlung der aufgemerteten Kapitalbeträge kann vor dem 1. Januar 1932 nicht verlangt werden. Sofern die wirtschaftliche Lage des Schuldners es erfordert, kann die Aufwertungsstelle auf seinen Antrag anordnen, daß die Schuld in Teilbeträgen bis längstens zum 1. Januar 1935 abgezahlt ist.“

Wir verlangten zunächst, daß auch dem Gläubiger, sofern seine wirtschaftliche Lage es erfordert, durch die Aufwertungsstelle eine frühere Rückzahlung seines Kapitals in Teilbeträgen zugebilligt werden könne, und beantragten dann allgemein, daß an Stelle des normalen Grenztermins vom 1. Januar 1932 der Gläubiger Zahlung verlangen kann zu je einem Viertel am 1. Januar 1927, am 1. Januar 1929 und am 1. Januar 1933. Demgegenüber wollten die Regierungsparteien zugunsten des Schuldners noch über die Regierungsvorlage hinausgehen und auf Antrag des Schuldners Stundung bis zum 1. Januar 1938 zulassen. Unter Ablehnung aller von uns im Interesse der Gläubiger gestellten Anträge wurden denn auch die über die Regierungsvorlagen hinausgehenden Schuldbestimmungen für die Schuldner beschlossen.

Nach diesen beiden Proben in den zwei ersten Ausschüßsitzungen können sich die bedauernswerten Sparer und Gläubiger noch auf einiges gefaßt machen. Rücksichtslos lassen die Deutschnationalen nunmehr, da die Sparer und Gläubiger ihre Schuldigkeit getan und ihnen zur Macht verholfen haben, die Maske der Sparerfreundlichkeit fallen, ja, Herr Hergt scheute sich nicht, in einem kürzlich im „Tag“ veröffentlichten Aufsatz die Schuld für die in den Kreisen der Sparer und Gläubiger herrschende grenzenlose Enttäuschung diesen selbst zuzuschreiben. Genau wie vor eilichen Monaten Graf Westarp erklärt hatte, man habe für die Reichstagswahl vom 7. Dezember Dr. Best einen sicheren Sitz gegeben, um mit ihm einen Meinungsaustausch und Interessenausgleich innerhalb der Fraktion zu ermöglichen, so behauptet Herr Hergt jetzt, daß Herr Dr. Best von den Deutschnationalen zum Abgeordneten gemacht sei, „um so die Gelegenheit dafür zu geben, daß das pro und kontra bezüglich der Best'schen Gedankengänge unter seiner eigenen maßgeblichen Mitwirkung in der Fraktion und im Reichstag durchgekämpft werden können.“ Die Beratungen der Fraktion hatten dann ergeben, daß in der Fraktion keine Ausichten für den Best'schen Entwurf bestehen. Eine entsprechende Mitteilung sei von ihm an

die Sparorganisationen veranlaßt worden und diese hätten daraufhin die Pflicht gehabt, ihre Haltung schleunigst zu revidieren. Das aber hätten sie nicht getan!

Gegenüber solchen ungläublichen Verdrehungsversuchen seien hier noch einmal einige Absätze aus den deutschnationalen Wahlflugblättern zitiert, die zeigen, welche ganz andere Rolle man vor der Wahl Dr. Best zugewilligt hatte:

„Achtung! Was ist eine der ersten Forderungen der Deutschnationalen Volkspartei? Die Aufwertung der Vorkriegs- und Kriegsanleihen, der Pfandbriefe der Vorkriegshypotheken und Obligationen, der Spareinlagen und Versicherungen. Wohl alle Parteien reden von der Aufwertung, aber welcher Partei ist es ernst mit dieser Forderung? Welche Partei hat sich ohne Rücksicht auf Kriegs- und Revolutionsgewinnler, jener Rußländer der Entwertung unserer alten Reichsmark, zuerst und ohne Vorbehalt zur Aufwertung bekant? Die Deutschnationalen Volkspartei! Die berühmte Dritte Steuerreformordnung, deren Vater der Finanzdiktator Dr. Lütjehausen ist, hat unter dem Ermächtigungsgesetz das Guthaben der Besitzer von Hypotheken, Pfandbriefen, Obligationen, Spareinlagen, Lebensversicherungen, öffentlichen Anleihen usw. zu mehr als 85 Prozent konfisziert, um 2 bis 4 Prozent selbst zu erfassen und den Rest den Schuldner zu schenken.“

Es folgen dann eine Reihe von Anträgen, die die Deutschnationalen Volkspartei zu stellen verspricht, und der Schluß lautet:

„Die Deutschnationalen Volkspartei ist entschlossen, sich mit allen Kräften für diese Anträge einzusetzen und den Besitzern solcher Werte alles zu retten, was noch zu retten ist. Nicht noch kann viel geholfen werden, trotz der jahrelangen sozialdemokratischen Mißwirtschaft. Deshalb hat die Deutschnationalen Volkspartei beschloffen, an einen der ersten und mithin ganz sicheren Plätze der Reichstagsliste den Vorkämpfer der Aufwertung, Oberlandesgerichtspräsident Best, zu setzen und auch den bisherigen Abgeordneten Steiniger bestimmt wieder in den Reichstag zu bringen.“

Heute ist Dr. Best aus der Deutschnationalen Fraktion ausgeschieden. Der Sitz im Aufwertungsausschuß, an dessen Beratungen er im Interesse der von ihm vertretenen Organisationen gern teilnehmen wollte, ist ihm von der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt. Dr. Steiniger hat Vorsitz und Mitgliedschaft im Ausschuss niedergelegt.

Wenn irgend etwas, so sollten diese drei nackten Tatsachen eigentlich genügen, den Sparern und Gläubigern die Augen zu öffnen über das schändliche Spiel, das mit ihnen getrieben wurde, ihnen zu zeigen, wo ihre Freunde, wo ihre Gegner sitzen. Wir geben uns indessen keinen Illusionen über einen alsbaldigen parteipolitischen Erfolg unseres Verhaltens hin. Wir treten für die entrechteten Gläubiger- und Sparerschichten ein, nicht weil wir erwarten, daß sie nun alsbald in Scharen von den Deutschnationalen zu uns herüberwechseln werden, sondern weil wir als Partei der Entrechteten und Entrechteten grundsätzlich jede Unbill bekämpfen, gleichviel wem sie zugefügt wird. Wir wissen, daß die politischen und wirtschaftlichen Auffassungen und damit die ganze Weltanschauung breiter Volksschichten nicht in kurzen Zeitperioden, sondern erst im Laufe von Generationen gemäß der Veränderung ihres gesellschaftlichen Seins sich wandeln werden. Aber wir wissen auch, daß hehrliche Politikaufstände die beste und sicherste ist, und daß die ganze, rein auf demagogische Zwecke und Ziele eingestellte Politik der Deutschnationalen an der Macht der Tatsachen so elend zusammenbrechen wird, wie das bezüglich der Aufwertung bereits geschehen ist.

Wegen eines Affentatsversuchs gegen den spanischen Diktator Primo de Rivera, dem aber nichts geschehen ist, sind vier Katalonier zu 20 Jahren Gefängnis, zwei andere zu geringeren Strafen vom Kriegsgericht verurteilt worden.

Voller Arbeiterwahnsinn in Neusüdwest. Die Arbeiterpartei hat bei den Wahlen in Neusüdwest die absolute Mehrheit erlangt. Sie erhielt 46 Sitze, die nationalistische Partei, die frühere Hauptpartei, 35 und die Progressiven 9.

Strawinsky in der Staatsoper.

Drei Stunden Strawinskysche Musik, drei Stunden Zwischendinge zwischen Ballett, Stetsch, Pantomime, Groteske, Märchen, Alt und tiefgründiger Idee, drei einseitige, trotz Buntheit des Geschehenen und Gehörten monotone Erlebnisse. Anfangs keine verlorenen Zeit. Wir sind in Gesellschaft eines Musikanten, der russische Instinkte, volkstümliche Einfachheit, Tanzfreude in einer raffinierten Partitur voll rhythmischer Pointen ausstößt. Im Anfang scheint das alles primitiv, dieses kleine Solistenorchester, dieses hypermodern sich gebarende Schrammellensemble, dieses Rebenherlaufen neben der Szene, dieses unbestimmte Musizieren gegen den Klang. Zuletzt ist das ohne rechte innere Erregung komponierte Bewußtsein geworden, die Uniform hat das Individuum darunter unsichtbar gemacht. Einfach und Raffiniertheit, sonst Gegensätze, wollen sich bei Strawinsky verbünden. Ob Pergolesi, der Ressen- und Opernhäupter des 18. Jahrhunderts, sich wohl in seiner Palestrina-Suite von Enoden Strawinskys wiedererkannt hätte? Alte Musik verträgt keine stil-dialektische Aufspaltung. Strawinsky hat einen ganz eigenen Ton, eine amüsantere, parodistische, wihige Note; aber Gefühl geht ihm ab, und sein Herz singt nicht. Zum Glück verliert er sich nicht in unfruchtbar nervösen Klang-Nüchternen. Man spürt schon: Das ist ein Mann der Faust und der Muskeln. Eine sonderbare, oft packende Autorität steckt in der „Beschichte vom Soldaten“, und was metaphorisch ausgesprochen wird, das geschieht mit vollen Worten, laut betont, niemals im Flüsterton der Liebe oder des Mitempfindens. Diese Musik ist unparteilich, losgelöst von der Einmischung eines beteiligten Subjekts, und so ungrifflig, daß man sich einen gelungenen Strawinskyschen Operntakt kaum ohne Lächeln vorstellen kann. Er musiziert in menschliche Bewegungen hinein und macht seine Musik so selbst zu Ausdruckskunst. Kein Zufall, daß er an das russische Ballett gerät und diesem neue Ziele steckt. Was da pault, bläst, schreit und krampft in Musik, das spiegelt die Gebärde, die Gestik, die Marschmelodie der Kreatur wieder. Der Jammer aller Menschheit steht ihm näher als die Freude, und auch das Lustbetonte verdrückt sich in kataphorischen Spielereien. Die ersten und die letzten Takte dreier Stunden ähneln sich in ihren Schwingungen, Reizen, Absonderlichkeiten. Aber so sehr die Ehrlichkeit eines kühnen Schaffenden, eines Außenstehers zu erkennen ist, der Trid meldet sich zu oft in gleicher Form, und auch die eigenartige Komplexion von Blas- und Streicherstimmen verfällt schließlich dem Nichts der Einförmigkeit. Am wenigsten ist das noch in der gestenreichsten Soldatengeschichte fühlbar, die spezifisch den Kampf eines armen Teufels mit dem Teufel selber fesselnd, hinreißend und lebensvoll schildert. Da ist ein Marschlied von einer weltwunden Lustigkeit, ein sehndes Geigenpiel, ein gequältes Subel, ein lustliches Tanzen und ein triumphales Aufschreien.

Nein!

Die Stimme der deutschnationalen Provinzpresse.

Während die deutschnationalen Presse der Reichshauptstadt gegenüber der Entwaffnungsnote einen Grad von Mäßigung und Verhandlungsbereitschaft an den Tag legt, der für ihre Verhältnisse überraschend ist, schreit die deutschnationalen Provinzpresse nach Ablehnung. Beispielsweise heißt es in der „Pommerschen Tagespost“:

Was ist zu tun? Verhandlungen? Herr Strefemann soll — so hieß es — solche beabsichtigen. Wer vermöchte sich im Ernst nennenswerten Erfolg davon versprechen? Wenn uns auch nicht aus den feindlichen Lagern entgegengeschrien würde: Verhandeln gibt's nicht! — so müßten wir doch endlich einmal von dem Abhängen gehalt sein, daß auf solche Art deutsches Schicksal Wandel erfahren möchte. Zweifellos — die Note ist als neues Diktat gedacht. Schon darum gibt es nur ein „Nein!“ für das deutsche Volk. Es ist nur solche Tat möglich, wenn Deutschlands Befreiung und Vernichtung, der langsame, aber sichere Untergang abgewendet werden sollen! Endlich ein Nein — das Nein! und deutsch geredet!

Das „Deutschreden“ besorgt das Organ der Deutschnationalen Pommerns selber schon zwar gründlich, indem es den „Vorwärts“ — weil er die Absicht der Regierung, zu verhandeln, billigt — rund und nett des „Landesverrates“ bezichtigt. Die „Pommersche Tagespost“ muß sich in diesem Fall schon an den „Vorwärts“ halten, denn bei all ihrer Neigung zum „Deutschreden“ kann sie doch nicht die derzeit im Amte befindliche Rechtsregierung und die sie stützende deutschnationalen Presse Berlins des „Landesverrats“ bezichtigen.

Die Schlacht von Teltow.

2 Tote, zahlreiche Schwerverletzte! — Mußte wirklich geschossen werden?

Zwischen Schützen und Landjägern auf der einen Seite und Kommunisten auf der anderen ist es gestern in Teltow zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Die Berichte über seine Ursachen gehen naturgemäß weit auseinander. Während man nach der kommunistischen Darstellung einen regelrechten, ganz unprovokierten Angriff der Bewaffneten auf unbewaffnete Arbeiter annehmen müßte, ist nach der Darstellung der anderen Seite der Angriff von den Kommunisten ausgegangen, denen gegenüber man sich in Notwehr befand.

Ein Vergleich der Berichte führt zu dem Ergebnis, daß die Kommunisten durch ein fastblütigeres Verhalten den Zusammenstoß vermeiden konnten, daß aber die Behauptung der Gegenseite, sie hätte in Notwehr gehandelt, jeder Beweiskraft entbehrt.

Sowohl das Fest der Schühengilde wie auch die Bannerweihe des Roten Frontkämpferbundes waren genehmigt, für beide Veranstaltungen waren zwei ziemlich weit voneinander entfernte liegende Plätze angewiesen. Da aber unternommen, wie aus dem gewiß unverdächtigen Bericht des „Berliner Lokalanzeiger“ hervorgeht, die Schützen einen Festzug am Platz der Kommunisten vorüber, und dieser Zug war „durch Landjäger und Schutzpolizei gesichert“. Die Polizei hätte besser getan, diesen provokatorisch wirkenden Vorbeimarsch zu verhindern als ihn mit auszuführen und ihn zu „sichern“, wodurch schon von vornherein der Anschein einer Solidarität zwischen der Polizei und einer der beiden Parteien herbeigerufen wurde. Die Schützen führten Gewehre mit, während die Kommunisten anscheinend vollkommen unbewaffnet waren. Trüfe nun gar zu, daß, wie von verschiedenen Seiten behauptet wird, von einigen Schützen während des Vorbeimarsches „zum Spaß“ auf die Kommunisten angelegt wurde, so würde die Schuld an dem traurigen Vorfall ganz einseitig auf die Schützen und diese selbst zurückfallen.

Rechnen wir aber auch an, der polizeilich gesicherte Schützenzug hätte sich mit der einen Provokation des Vorbeimarsches begnügt und er wäre dabei mit Steinen und

Flaschen beworfen worden, so würden sich die folgenden Ereignisse damit in keiner Weise rechtfertigen lassen. Nach dem Bericht des „Berliner Lokal-Anzeigers“ entwickelte sich daraufhin „eine regelrechte Schlacht zwischen den Polizeibeamten, die durch die Schützen verstärkt wurden, und dem Roten Frontkämpferbund“. Die Polizeibeamten hätten sich diese Hilfe entschieden verbitten müssen, sie waren ja, wie sich weiter herausstellte, schwer bewaffnet und konnten sich schon zutrauen, allein fertig zu werden. Aber auch der Ausdruck „regelrechte Schlacht“ muß beanstandet werden. Man kann nicht von einer „regelrechten Schlacht“ sprechen, wenn der eine Teil mit Steinen und Flaschen, der andere mit Schusswaffen kämpft, wenn auf der einen Seite Tote und Schwerverwundete liegen bleiben, während die andere nach ihren eigenen Berichten höchstens ein paar „leichter Verletzte“ zu verzeichnen hat.

Es scheint danach, daß von den Landjägern mit einer Schärfe vorgegangen wurde, die durch die Sachlage in keiner Weise gerechtfertigt war. Zugegeben, daß sich einige Kommunisten auch nicht wie die Lämmer betragen haben mögen, so dürfte in diesem Fall die Schuld doch in weit überwiegendem Teil bei dem kopfsloßen, überstürzten und in keiner Weise unparteiischen Verhalten der Gendarmerie liegen.

Nach der „regelrechten Schlacht“ setzten die Schützen ihr Fest fort. Der Gegensatz zwischen den polkultierenden „Siegern“ auf der einen Seite und den Toten und stöhnenden Verwundeten auf der anderen Seite muß auf jeden Unparteiischen im höchsten Grade aufreizend und erbitternd wirken.

Eine strenge Untersuchung des traurigen Vorfalls tut not.

Tagung der Bayerischen Volkspartei.

Wiederannäherung an das Zentrum gewünscht. — Drohungen an die Deutschnationalen.

München, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der am Sonntagabend in München stattgefundenen Tagung des Landesauschusses der Bayerischen Volkspartei wurde vor allem in den Kreisen dieser Partei selbst mit einiger Spannung und mit Beforgnis entgegengesehen, da die überraschende Hindenburg-Parole des Landesauschusses am 7. April (der damalige Beschluß wurde entgegen der leinerzeitigen Meinung nur mit 67 gegen 58 Stimmen gefaßt) in der ganzen Partei erheblichen Sturm hervorbeschworen hatte. In gewissen Augenblicken drohte aus der Verwirrung sogar eine ernste Parteikrise zu werden, da der große Bruder in Nord und West, nämlich das Zentrum, drohend bereit stand, um die künftigen Anhänger der Bayerischen Volkspartei event. aufzunehmen. Da die Unzufriedenheit weite Kreise der katholischen Geistlichkeit auf dem Lande, die bekanntlich die Hauptstütze der Partei sind, ergriffen hatte, und neben ihnen die katholischen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften, so konnte die Parteileitung nicht befehlshaberisch auftreten, sondern mußte dem heißen Problem mit einem höchstmaß taktischer Schläueit zu Leibe gehen. Aus diesem Grunde hat sich auch die Polemik gegen das Zentrum auf ein Mindestmaß beschränkt und es ist stillschweigend bingenommen, daß in die Kommission, die das Verhältnis zwischen Bayerischer Volkspartei und Zentrum mit dem Ziel der Aufrichtung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen beiden Parteien zu untersuchen hat, in der Hauptsache linksstehende Arbeitervertreter des Zentrums delegiert wurden.

Seit Tagen hat die Bayerische-Volkspartei-Presse ihre Leute auf den Parteitag vorbereitet, und zwar mit einer bisher kaum beobachteten Geschäftigkeit. Berührungspunkte waren so ziemlich alle dahin abgestimmt, darzulegen, daß die Bayerische Volkspartei grundsätzlich eine Partei der Mitte sei, genau so wie das Zentrum, und daß es also nur notwendig sei, daß das Zentrum sich ein wenig nach rechts und die Bayerische Volkspartei ein wenig nach links orientiere, damit die allgemein gewünschte Arbeitsgemeinschaft am Ende zustandekomme.

Dieser oberflächliche Tenor erhielt aber in einigen Artikeln der größeren Parteiblätter sein besonderes Licht, so z. B. in der „Münchener Postzeitung“, die sich ja seit langem am meisten um eine Verständigung mit dem Zentrum bemüht. Dieses Blatt schrieb in seinem Parteitagartikel u. a. folgenden Satz: „Wenn der Charakter einer Mittelpartei gewahrt werden soll, dann muß die Möglichkeit einer Regierungskoalition nach beiden Seiten offengehalten

Das freundlich komödiantische der Palestrina-Schulmerlein aber schon wird mit viel zu massivem Geist beschwert. Das ist Tanz auf ausgeputzten echten Teppichen, nicht in der Luft, zwischen Mond und Erdkruste. Und die Tierburleske „Renard“ vollends hat nicht mehr die Phantasie, um einen Ull aus den Regionen des Kabarett fortzuschleppen. Man verwechselt nicht den Spieleindruck mit der Wirkung Strawinskyscher Musik. Sie hat Schmitz und freiesten Schwung und rhythmische Gelodertheit; aber selbst wenn wir diesem hochbegabten Russen seine thematische Ungezogenheit konzedieren, selbst wenn wir in ihm Spannung und Wille revolutionärer Zeit erkennen — das genießt Lederrumpelnde, unbewußt Schöpferische ringt sich nicht durch. Ein elementarer Musikant, dessen Intellekt dem seelischen Erfüllsein im Wege steht.

Erich Kleiber ist dank seinem eigenen Scharfsinn, der Sentiments nicht kennt, ein idealer Interpret solcher Musik. Die „Geschichte vom Soldaten“ schlug ein; der zur Claque gehörende Pfeifer erhöhte den Erfolg. Den Vorleser (einst Ebert, jetzt Ball) könnte man sich düsterer, visionärer denken; Legal und Witte trafen das Wesen vom Teufel und Soldat in allen Varianten vorzüglich. In der Ballettszene brillierten, jeder mit spezifischer Tanzeinstellung, Terpis, Kreuzberg, Elisabeth Grube und Doroshea Alb. Im Renard schuf der Regisseur Hörth Cäcilien, Schrüllen und Launen echter Tierbewußtheit, die sich mit den Spigen der Musik und des Sprechgesangs höchst possertlich einten. Nur die stumme Domesikentomposiererei wirkte überflüssig. Im Ganzen ein interessanter Abend, schillernd zwischen Erlebnis und Sensation.

Rut Singer.

Marokkos Entschlebung. Nichts zeigt deutlicher, wie energigisch und zielbewußt Frankreich die wirtschaftliche und politische Entschlebung des westlichen Nordafrikas vornimmt, als ein Rückblick auf die Entwicklung der marokkanischen Eisenbahnen während des letzten Jahrzehnts. Im Jahre 1914 hatte Marokko ein kleines Netz militärischer Schmalspurbahnen, die für den allgemeinen Güter- und Personenverkehr nicht einmal freigegeben waren. Das östliche Marokko hatte eine Bahnlinie von etwa 184 Kilometer Länge, in Westmarokko waren 280 Kilometer ausgebaut. Heute sind fast alle Linien in Normalpurbahnen umgewandelt. Bereits in Betrieb ist die Bahnlinie von Meknes nach der alten Hauptstadt Fes. Die Fortsetzung dieser Linie nach Rabat am Atlantischen Ozean ist fast vollendet. Die Weiterführung nach der Stadt Casablanca, ebenfalls an atlantischen Küste, dürfte allerdings noch manche Schwierigkeiten verursachen, da viele Wildbachläufer (Badis) überbaut werden müssen. Immerhin rechnet man damit, daß auch diese Linie in spätestens zwei Jahren vollendet sein wird. Ferner arbeitet man bereits an einer neuen Bahn, die Fes mit der wichtigen Hafenstadt Tanger verbinden soll. Eine außerordentlich bedeutungsvolle Linie wird die Verbindung Marrakech—Casablanca werden, die das westliche Marokko dem Durchgangsverkehr erschließen wird. Diese Linie soll überdies elektrifiziert werden, und man hoffte noch vor kurzem, sie bis zum 1. Juli 1925 in Betrieb nehmen zu können. Auch die Linie Casablanca—Rabat soll

elektrifiziert werden. In der wirtschaftlichen Entwicklung Marokkos bedeutet diese Ausnutzung der Reichsträfte des Landes eine wahre Umwälzung. Sie macht Frankreichs nordafrikanische Wirtschaft unabhängig von der englischen Kohle. Westmarokko erhält durch die eben geschilderte Zugestaltung des Eisenbahnnetzes eine durchgehende Linie von 900 Kilometer Länge, und der Anschluß an die afrikanischen Linien wird durch die ebenfalls ausgebaute West-Atlantische (Fes—Udja) mit 320 Kilometer Länge gesichert werden.

Der „Kulturwille“, die monatlich erscheinende Arbeiterbildungschrift, hat in der Nr. 4 (April) und Nr. 6 (Juni) zwei Sonderhefte herausgegeben, die für viele Genossen von Interesse sein dürften. Die Aprilnummer befaßt sich mit unserer Jugendbewegung. Sie ist besonders geeignet zum Vertrieb auf Jugendtagungen und Jugendtreffen. Die Juninummer enthält Aufsätze führender Genossen auf dem Gebiete der Gesangspflege. Zu mehreren Arbeiter-Gauleiterkreisen ist diese Nummer als Festschrift bestellt. Der „Kulturwille“ ist die monatlich erscheinende Arbeiterbildungszeitschrift des Allgemeinen Arbeiter-Bildungsinstitutes Leipzig. Er ist Mitteilungsblatt der Bildungsgenossenschaft Tanz und Bundesorgan der sozialistischen Studenten Deutschlands und Österreichs. Das Abonnement kostet 2,40 M., die einzelne Nummer 20 Pf.; sie wird an Organisationen und Buchhandlungen zum Vertrieb mit bedeutendem Rabatt abgegeben.

Der Geist des Festungskönigs. Spiritistische Zeitungen melden aus England, daß der selige Lord Northcliffe seinen Erben und Nachfolger als Geist erschienen sei. Wenn man dem Geiste des Lord glauben darf, so hat sich mit ihm, seitdem er die Erde verlassen hat, eine bemerkenswerte Veränderung vollzogen. Er ist plötzlich Positivist geworden und bereut es auf das tiefste, sich mit dem kriegsbegehrtesten König George eingelassen zu haben. Er, der Geist, beschwört seine Erben, von Deutschenhaß und Kriegsbegeisterung abzulassen.

Dieser Nachrichten muß man mit ernstem Mißtrauen begegnen. Denn es ist doch zu hoffen, daß die Kriegspolitiker der fremden Länder endlich einmal nach ihrem Tode Ruhe geben werden. Sie haben wirklich im Leben nicht soviel Geist besessen, daß sie nach dem Tode damit herumspuken könnten.

Fischer spricht über das Südpolargebiet in einem unanthen aller in Rot geratene Mitglieder der 2. deutschen Südpolarexpedition Dr. König beachteten Vortrag in der Urania am Mittwoch 7 Uhr. Karten in allen Bükalen von Reichheim.

Das nächste Berliner Städtische Volks-Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters findet heute, am 8. Juni, im Stadtsaal, Klosterstraße, unter Leitung von Dr. A. Kopisch statt. Programm: Beethoven-Bagner-Liszt. Abend. Eintritt: 40 Pfennige.

Eine Ober-Völle im Heidelberger Rathaus. Am Festball des Rathauses von Heidelberg soll eine überlebensgroße Marmorstatue des Reichspräsidenten Ebert aufgestellt werden. Den Auftrag dafür erhielt der Stuttgarter Bildhauer Karl Kerklinger, ein früherer Meisterhelfer Prof. Ludwig Habichs von der Stuttgarter Kunstakademie.

Eine Uraufführung in Göttingen. Am Rahmen des deutschen Bühnenfestivals gelangt im Neuen Theater in Leipzig die dreifache Oper „L'america“ von G. S. Hänel in der Bearbeitung von Herrmann Roth unter der Leitung von Dreger bei außerordentlichem Erfolge zur deutschen Uraufführung.

werden." Diese mit Ueberlegung ausgesprochene These ist natürlich ernstlich zu werten, als die im Anschluß an die Abfassung Dr. Heims in der Landesbauernkammer von gewissen Führern der Partei laut gewordenen Ansichten über die Möglichkeit einer Aenderung der Regierungskoalition in Bayern.

Immerhin haben all diese Aeußerungen im wesentlichen nur den Charakter der Drohung gegen die Deutschnationalen, die bisher in Bayern im Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Schwäche im Parlament eine vielfach ausschlaggebende Rolle in der Politik gespielt haben. Diese Drohungen sollen nur dazu dienen, die Deutschnationalen, die in der letzten Zeit ihre Hauptagitation auf die bäuerliche Landbevölkerung gelegt haben und so naturgemäß in die Hände der Bayerischen Volkspartei eingedrungen sind, bescheiden zu machen. Das öffentliche Schielen nach links, also der Hinweis auf die Möglichkeit einer Regierungskoalition der Bayerischen Volkspartei mit der Sozialdemokratie entspringt bei der Bayerischen Volkspartei ganz bestimmt heute noch keiner inneren Ueberzeugung. Diese Tatsache ist deshalb bei der Beurteilung der politischen Situation in Bayern in erster Linie zu berücksichtigen. Die Sozialdemokratie selbst hat auch gar keine Lust und gar keine Veranlassung, der Bayerischen Volkspartei irgendwie aus den Schwierigkeiten herauszuhelfen, die sie durch ihre machtlüsterne und hemmungslose Rechtspolitik der letzten Jahre nunmehr zu ernten beginnt.

Die ganze Vorbereitung auf den Parteitag hatte sich die eine Aufgabe gestellt, die drohende Möglichkeit eines Richtungsstreits innerhalb der Partei abzumenden und die Erörterung über eine eventuelle Reorientierung der Partei auf ein Minimum zu beschränken. Das scheint den Parteiständen unter Zustimmung der immer noch uneingeschränkten Autorität des Parteiführers, des Ministerpräsidenten Dr. Heß gelungen zu sein. Das zeigte sich auch in der vorläufigen Wiederwahl des bisherigen Landesvorstandes und des bayerischen Parteivorstandes. Im Landesvorstand befindet sich auch der Agitator eines monarchistischen Putsches, der königliche Minister a. D. v. Seid-lein.

Das Ergebnis der Aussprache über den ersten Punkt kann nach der Bayerischen Volksparteikorrespondenz dahin zusammengefaßt werden, daß der Landesauschuß im einmütigen Urteil und ohne jede Gegenüberstellung in dieser Frage auseinandergeht, daß die Geschlossenheit und Einmütigkeit der Partei trotz unterschiedlicher Auffassung über die Zweckmäßigkeit der Wahlparole Hindernisse unangenehm bleibt und daß der Ausgang der Reichspräsidentenwahl allgemein als ein politisch begriffswertes Ereignis anerkannt wird. In der Bayerischen Volkspartei sei der erste Wille vorhanden, den Weg einer Wiederannäherung an das Zentrum

freizuhalten und die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die innere Entwicklung der Zentrumspartei die Ueberbrückung der Kluft zwischen den beiden Parteien schaffen möge.

Preußen und die Entwaffnung.

"Kölnische Zeitung" gegen Umbildung des Kabinetts.

Köln, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Kölner Stresemann-Organ, die "Kölnische Zeitung", die bisher die Auferin nach einer Umbildung der preussischen Regierung war, ist unter dem frischen Eindruck der neuesten außenpolitischen Ereignisse (Entwaffnungsnote) jetzt plötzlich zu der Ueberzeugung gekommen, daß es das Beste sei, die gegenwärtige preussische Regierung vorläufig im Amte zu lassen. Zur Begründung schreibt das Blatt:

Die preussische Regierung und namentlich das Ministerium des Innern hat zurzeit mit der Stellungnahme zu den Forderungen der Entwaffnungsnote über die Schutzpolizei derartig angelegentlich und verantwortungsvolle Arbeit, daß man nicht ohne bringende Not gerade in einem außenpolitisch entscheidenden Moment neue Kräfte in die Aemter setzt, die sich zunächst dort einarbeiten müssen. Da sich der Preussische Landtag weder zu einer gesunden praktischen Lösung der Krise oder zu einer Auflösung entschließen kann, ist es das Beste, der mit Schwächen und Berechtigungen gegen den heiligen Geist des Parlamentarismus behafteten Regierung noch eine kurze Gnadenfrist zu geben, damit zunächst einmal in Verbindung mit dem Reich die dringendsten außenpolitischen Fragen erledigt werden können.

Diese Auffassung der über die Stimmung der Volkspartei außergewöhnlich gut orientierten Zeitung bestätigt die unserem Kölner Vertreter aus volksparteilichen Kreisen gemachten Mitteilungen, wonach sich bei ihnen immer mehr die Meinung festsetzt, daß die Rückkehr zur alten großen Koalition gegenwärtig die einzige Möglichkeit darstelle, in Preußen wieder zu stabilen Regierungsverhältnissen zu kommen.

Kaufmann auf Samos. Nach Meldungen aus Athen bestätigt es sich, daß auf der Insel Samos die Aufständischen Herren der Lage sind. Sie fordern sofortige Neuwahlen. Es geht das Gerücht, daß die Aufstandsbewegung auch auf die Insel Rhinos und den italienischen Dodekanes übergreifen werde.

Fabrik-Großfeuer in Hohenschönhausen.

Ein Großfeuer beschäftigte die Berliner Feuerwehr am Sonntag von Mitternacht an bis früh um 8 Uhr in Hohenschönhausen. Dort standen in der neu erbauten und modern eingerichteten massiven Raschinenfabrik von Heile in der Freienwalder Str. 17/19 gegen 12 Uhr nachts das Magazin mit fertigen Maschinen für Feilscheren sowie die Schlosserei in Flammen. Als der Wächter die Gefahr bemerkte, rief er durch den Fernsprecher die Lichtenberger Feuerwehr an, statt das Feuer der gegenüberliegenden Feuerwache von Hohenschönhausen sofort zu melden. Kostbare Zeit ging dadurch verloren. Als dann die auf dem Umwege über Lichtenberg alarmierte Hohenschönhauser Wache an der Brandstelle, gefolgt von der Lichtenberger, eintraf, hatten die Flammen schon eine solche Ausdehnung erreicht, daß noch ein Zug aus Lichtenberg und die Weisener Feuerwache benachrichtigt werden mußten. Es brannten bereits Teile der Dreherei, Malerei und des Kesselhauses. Das Feuer hatte so reiche Nahrung gefunden, daß auch das Verwaltungsgebäude und das Wohnhaus in Gefahr schwebten. Branddirektor Pöbzjehl und Baurat Hammer, die zur Brandstelle geeilt waren, übernahmen die Löschungsleitung. Unverzüglich wurden noch die Löschzüge 4, 7, 17 und 29 aus Alt-Berlin nachbeordert. Sie trafen um 1 Uhr an der erstinstigen Brandstelle ein. Mit 13 Schlauchleitungen von 8 Motorspritzen wurde unausgesetzt gelöscht. Dadurch gelang es, eine größere Ausdehnung des Feuers zu verhindern und das Wohnhaus mit dem Verwaltungsgebäude wirksam zu schützen. Auch zwei Drittel der Schlosserei, der Dreherei, Malerei usw. konnten gesichert werden, so daß der Betrieb fortgesetzt werden konnte. Die Löschung und Aufräumung nahm noch viel Zeit in Anspruch und verurteilte auch viel Arbeit. Der Schaden ist recht erheblich und soll 1 Million Mark übersteigen. Entstanden ist das Feuer vermutlich schon am Sonnabendabend nach Feierabend durch Unvorsichtigkeit, d. h. durch Uebertreten des Rauchverbots. Es hat dann geschweigt und ist erst um Mitternacht, als die Flammen schon, nachdem Fenster geplatzt waren, hell emporloderten, bemerkt worden. Der Feuerlöscher veranlaßte das Ausrücken der Wehren von Falkenberg, Friedrichsfelde usw. Vereint wurde die ausgebehrte Brandstelle vollständig eingekreist. Dadurch wurde ein Ueberspringen auf die angrenzenden Gebäude verhütet.

Der deutsche Rundflug.

Volksonntag. — Beginn der letzten Schleife.

Am Sonntagvormittag herrschte im Flughafen völlige Ruhe; erst am frühen Nachmittag setzte der Andrang der schaulustigen Masse ein. Die Hauptattraktion sollte wohl der Start von sieben Freiballons sein, deren Füllung schwierig war, da nur vier Anlagen dazu vorhanden sind. Als erster startete „Eule“ mit dem Führer Heuer und zwei Passagieren. Mehr Interesse erweckten die moogeligen Kunstflüge des Herrn Udet, der mit abgetesteten Motor durch die Lüfte „segelte“. Antonius Raab flog Konkrete und führte später noch einen Luftkampf mit Kagenstein vor. Der 195. Fallschirmabwurf des Herrn Triebner gestaltete das Programm noch abwechslungsreicher und wurde lebhaft applaudiert. Leider ereignete sich diesmal ein Unfall durch Kruttsch, wobei D 380 fast getrümmert, der Pilot v. Floten glücklicherweise nur leicht verletzt wurde. Ein großes Feuerwerk bildete den allabendlichen Abschluß. Heute früh um 4 Uhr begann der Start zur fünften und letzten Schleife, an der bis 5 Uhr 30 vier- und dreifach Flugzeuge teilgenommen hatten. Das herrliche Wetter begünstigte diesen Start, der zahlreiche Reugierige hinausgelockt hatte. Die Flugzeuge standen in einer Reihe auf dem von Verdenjubiläum erfüllten Tempelhofer Feld, siegesfroh in der Morgen-sonne glänzend. Die Maschinen wurden noch einmal sorgsam geprüft, die Piloten flogen ein, nachdem sie lachend Abschied genommen hatten, der Flugleiter zählte bis drei, schwenkte eine Fahne, und der Flug begann.

Außer den gestern Abend 9,10 gemeldeten Flugzeugen sind heute morgen in Berlin gelandet: 650 644, 638 749, 623 758, 664 10,03 Uhr. 631 startete um 5,01 Uhr zur 4. Schleife. Die Maschine 664 wird in der nächsten Zeit starten, um zu verfliegen, die 4. Schleife noch zu erleben. Die gestern Abend bei Jüterbog notgelandete 673 liegt noch dort und wird im Laufe des Tages nach Berlin starten. Gestern Abend landeten noch nach 9 Uhr die Maschinen 647 unter Edzard, 674 unter Sidom. Ueberdem landete in Berlin noch 676 unter v. Freiberg. Die Maschinen 684 und 686 werden von Stuttgart aus mit der Bahn verladen, da die Schäden nicht zu beheben sind. 649 landete bei Staeben und wird nach Hof eingeschleppt, will aber heute wieder starten. Die Maschine 638 startete um 4,06 Uhr nach Hof. Die Maschine 609 landete in Zeig, um zu landen, wird mit 662 einen Geschwaderflug in Höhe von 2 Maschinen nach Berlin antreten.

Bäumer wieder als Erster der letzten Schleife gelandet.

Als erster der heute früh zur letzten Schleife gestarteten Bewerber landete mittags um 12 Uhr 51 Minuten Nr. 649 Bäumer auf Bäumer-Eindecker, der für die 1034 Kilometer lange Strecke mit den vorgeschriebenen Zwischenlandungsflügen insgesamt 8 Stunden 8 Minuten gebraucht hatte.

Republikanische Fahnenweihe in Trebbin.

In Trebbin fand die Fahnenweihe des dortigen Ortsvereins des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold unter starker Beteiligung auswärtiger Kameraden statt. Der Vorsitzende der Trebbiner Kameradschaft, Kamerad Doehle mann, begrüßte die auswärtigen Gäste und dankte ihnen für ihr zahlreiches Erscheinen. Ein Vertreter des Magistrats begrüßte die Anwesenden im Namen der Stadt Trebbin und wünschte der Veranstaltung einen guten Verlauf. Die Weiherede hielt der Gauvorsitzende Fritz Koch. Er schilderte die Entwicklung der schwarzrotgoldenen Fahnen und vermahnte auf das Verhalten der Studenten einzuwirken. Früher war die Universität der Hort für Freiheit und Recht, heute ist sie der Herd der Reaktion. In friedlicher Arbeit wollen wir Deutschen alle Errungenschaften der Reizzeit benützen, um wieder ein großes Volk zu werden, gleichberechtigt neben allen anderen Nationen. In diesem Zeichen soll auch die neue Fahne geweiht werden. Mit einem Hoch auf die Republik schloß die eindrucksvolle Feier.

Neunfacher Mord und Selbstmord.

Koburg, 7. Juni. (U.) In dem benachbarten Hassenberg Wüste in der vergangenen Nacht der 30jährige Korbmacher Wilhelm Bräuner durch Heilhebe seine Frau, seine hochbetagte Mutter, seinen Schwager und seine Schwägerin, sowie deren fünf Kinder. Der Mörder erhängte sich dann selbst. Als Motiv der Tat sind Familienverhältnisse anzusehen. Die furchtbare Mordtat des Korbmachers Bräuner, der neun Personen umbrachte, hat in der ganzen Umgebung ungeheure Aufregung hervorgerufen. Der Täter galt als ein durchaus normaler Mensch, der sich auch am Vereinsleben rege beteiligte. Nach dem Mord hatte der Mörder einen Zettel folgenden Inhalts auf den Tisch gelegt: „Rache zur Tat, daß mein Schwager hugo beim letzten Schlagfest mit seiner Schwester Blauschande getrieben hat.“ Die Staatsanwaltschaft Koburg eilte gestern an Ort und Stelle der Tat und gab nach der Untersuchung die Leichen frei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

24. Kst. Die Funktionärskonferenz findet heute nicht statt.
177. Kst. Reichstagswahl: Dienstag 8 Uhr Funktionärskonferenz im Volksheim, Schwanenstraße 114.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

2. Kst. Genosse Karl Schen, Seebahnstraße 53. 44 verstorben. Einäscherung heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gedächtnisstraße.
14. Kst. Die Genossen Meiser und Schen am Dienstag um 3 Uhr bei Gilmers. Ihre letzte Ruhestätte zur Beerdigung bei Gilmers im Krematorium Gedächtnisstraße.

Schützengilde und Kommunisten.

Blutige Zusammenstöße in Teltow. — Zwei Tote, mehrere Schwerverletzte.

Halbamtlich wird mitgeteilt:

Zwischen roten Frontkämpfern und der Schützengilde kam es gestern nachmittags in Teltow zu einem schweren Zusammenstoß, dem 1 Toter, 9 Schwerverletzte (einer der Verletzten ist später gestorben, D. Red.) zum Opfer fielen. Alljährlich feiert die Schützengilde in Teltow am ersten Sonntag nach Pfingsten ihre Schützenfest, zu dem auch zahlreiche Schützen aus Berlin und den umliegenden Ortschaften Teltows geladen und erschienen waren. Gleichzeitig hatten aber auch die roten Frontkämpfer dort eine Zusammenkunft veranstaltet. Die Schützen, die zusammengetreten waren, um einen Festzug durch die Stadt zu veranstalten, wurden, in der Nähe der roten Frontkämpfer angekommen, mit wüstem Geschimpfe und Gejohle empfangen und mit Fäusten, Steinen usw. beworfen. Es entstand eine Kletterei, bei der auch Schüsse fielen, so daß ausgetobte Landjäger, von denen einige Beamte verfehlt wurden, mit dem Gummiknüppel nichts mehr ausrichten konnten, um die Streitenden zu trennen, und von der Schusswaffe Gebrauch machen mußten. Ein Toter wurde nach dem Schauhaus in Teltow gebracht, während die Schwerverletzten zum Teil nach dem Kreiskrankenhaus, zum Teil in das Vincenzkrankenhaus in Lichterfelde gebracht wurden. Soweit festgestellt, sind die Namen der Schwerverletzten: Alfred Böhmig, Charlottenburg, N. Mohrenberg aus Teltow, Samuel Partzill, Friedenau, Offenbachstraße, die sich im Kreiskrankenhaus befinden, während der Kaufmann Sally Lohmann, Steinmühlstr. 6, Willa Hermann, Segelfeldstr. 10, Alexander Schupinsky, Teltow, Alfred Bäcker, Charlottenburg, Trich Stedel und ein gewisser Moritz im Vincenzkrankenhaus Aufnahme fanden. Von den Schwerverletzten mußten einige im Spital verbleiben, während die leichter Verletzten nach Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe sich nach Hause begeben konnten.

Nach unseren Informationen haben sich die Vorgänge folgendermaßen abgepielt:

Die roten Frontkämpfer hatten sich auf dem östlich von Teltow gelegenen Sportplatz gelagert, der ihnen von der Stadtverwaltung zugewiesen worden war. Die Schützen lagerten auf der Schützenwiese, die sich am entgegengesetzten Ende der Stadt befindet. Gegen 1 Uhr mittags zogen die Schützen am Sportplatz vorbei, um ihren Schützenkönig aus der Potsdamer Straße abzuholen. Die Tatsache, daß die Schützen es nicht nötig hatten durch die noch unbedeckte Straße zu ziehen, läßt darauf schließen, daß von vornherein die Absicht bestand, die „Roten Frontkämpfer“ zu provozieren. Warum ließ das die hier den Zug begleitende Polizei zu? Hätte sie gleich den Zug der Schützen umgeleitet, so wäre ein Zusammenstoß, der, wie bereits oben erwähnt, bis jetzt zwei Todesopfer gefordert hat, unmöglich gewesen. Die Augenzeugen berichten, haben die Schützen die Taktlosigkeit bemerkt, hier im Vorbeimarsch die Gewehre anzulegen, um sie aber auch gleich darauf wieder zu schußern. Das machte böses Blut unter den „Roten Frontkämpfern“.

Weiter giefelten sich die Schützen darin, die vor dem Sportplatz stehenden Frontkämpfer mit „rote Hunde“ zu bezeichnen. Als der Zug an der Teltower Schule vorbeimarschierte, gab es den

ersten Zusammenstoß. Im nächsten Augenblick entstand ein Handgemenge. Rote Frontkämpfer und Polizei gerieten in einen heftigen Wortwechsel. Die Landjäger zogen die Säbel und „drängten“ so die Frontkämpfer ab. Mehrere Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes erlitten hierbei Kopfverletzungen. Inzwischen hatten sich die roten Frontkämpfer um ihre Kameraden bemüht, was den sehr übereifrigen Oberlandjäger veranlaßte, den Befehl zu geben, die Pistolen fertig zu machen. Bald fiel der erste scharfe Schuß. Dann folgten mehrere Salven, die die Gendarmen auf die Frontkämpfer abgaben, wozon acht Kommunisten getroffen wurden. Auch ein Arbeiter-Samariter, der hier seine Pflicht ausüben wollte, erhielt einen Brustschuß. Die Schwerverletzten wurden in ein Restaurant gebracht und dort sofort in Behandlung genommen. Außerdem erlitten elf Kommunisten, die teils durch Schüsse, teils durch Säbelhiebe Verwundungen erlitten hatten, Rotverwände angelegt. Später wurden dann die Schwerverletzten mit einem Wagen des Rettungsdienstes in das Kreis-Krankenhaus Lichterfelde und in das Vincenz-Krankenhaus gebracht. Die im Vincenz-Krankenhaus Unterbrachten, worunter sich auch ein Mädchen befindet, sind leichter verletzt.

Der eine der Verwundeten, Kurt Spartagil aus Friedenau, Offenbachstr. 1, ist heute früh im Lichterfelder Krankenhaus seinen schweren Schußverletzungen erlegen. Das Befinden der anderen in daselbst Krankenhaus sowie in das Vincenz-Krankenhaus Eingelieferten ist vorläufig zufriedenstellend. Um die Schuldfrage zu klären, wurden die Beamten, die bei dem Zusammenstoß zugegen waren, heute früh bereits eingehend vernommen. Die Ermittlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Bezeichnend für den Geist der Schützen ist es, daß ihre Festfreude trotz der blutigen Vorgänge nicht nachließ. Während die Schwerverletzten sich im Rettungswagen unter Schmerzen wunden, ließen es sich die Herren Schützen nicht nehmen, ihren Vergnügungen nachzugehen. Fröhlich kreuzte das Karussell, fröhlich nahm auch das Königsschießen seinen Fortgang und am Bierzelt drängten sich die „Helden“ des Tages, ihren „Sieg“ gebührend feiernd.

Zusammenstöße in Hohenneudorf.

Auch Hohenneudorf an der Nordbahn war in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag der Schauplatz einer blutigen Prügelei zwischen Angehörigen des Reichsbanners und Dorfbewohnern. Eine Reichsbannerabteilung in Stärke von etwa 75 Mann hatte einen Nachmarsch in die Gegend von Birkenwerder und Oranienburg unternommen und war in den späten Abendstunden in Hohenneudorf in dem Gasthof von Buxter eingeleitet, mohin nach einiger Zeit auch mehrere junge Burchen aus Hohenneudorf kamen. Zwischen diesen und den Reichsbannerleuten kam es bald zu Auseinandersetzungen, die anfangs jedoch keine ernstlichen Formen annahmen. Als die Abteilung dann weitermarschieren wollte, machten einige Mitglieder des Reichsbanners die Entdeckung, daß ihnen eine Fahne gestohlen worden war. Darauf ergrißen die Hohenneudorfer die Flucht, die Reichsbannerleute setzten ihnen nach, und es kam nun zu einer schweren Prügelei, in deren Verlauf mit Messern und Gummiknüppeln gekämpft wurde. Drei Personen wurden nicht unerheblich verletzt.

Kreis, in dem man ihn zu suchen hatte, ein nicht allzu großer. Koch in der Nacht wurden die Beamten ausgesandt, um nach allen Personen, die möglicherweise in Frage kommen konnten, zu fahnden. So wurde dann auch der 18 Jahre alte Sohn Paul des Laubenbesizers Bredlow festgenommen und sofort einem Verhör unterzogen. Er legte ein Geständnis ab, in dem er die Vorgänge folgendermaßen darstellte: Die Tote sei die 17 Jahre alte Tochter Charlotte des Schreinermeisters Kaiser aus Pantow. Er habe schon längere Zeit eine Zuneigung zu ihr gefaßt, die auch ihrerseits erwidert wurde. Am vergangenen Sonnabend Abend hatten sich die beiden jungen Leute wieder getroffen. Als es dunkel wurde, gingen sie in die Laube des alten Bredlow. Das Mädchen hatte schon des öfteren Selbstmordabsichten geäußert. Auch in der Laube habe sie wieder davon gesprochen, sich das Leben nehmen zu wollen. Als er — der junge Bredlow — einen Augenblick aus der Laube herausgegangen war, habe er einen Schuß fallen hören. Er eilte zurück und fand das Mädchen mit einer Schußwunde in der Schläfe tot auf dem Liegestuhl. In seiner Verwirrung und in der Angst, für einen Mörder gehalten zu werden, habe er die Tür auf die bereits erwähnte Art zugestößt und sei dann planlos umhergeirrt. Die Waffe, aus der der tödliche Schuß abgefeuert wurde, ist Eigentum des jungen Bredlow. Ob diese Darstellung den Tatsachen entspricht, steht vorläufig noch nicht fest, denn es sprechen noch viele Umstände dagegen, die nach von der Nordkommission genauer Prüfung unterzogen werden müssen. Der junge Bredlow wurde nach diesem kurzen Verhör ins Polizeigefängnis abgeführt, um später, wenn die Ermittlungen der Nordkommission weiter fortgeschritten sind, eingehend verhört zu werden.

Mord oder Selbstmord?

Dunkle Liebestragödie auf einem Laubengelände.

In den Vormittagsstunden des gestrigen Sonntags wurde auf dem Laubengelände in Niederschönhausen ein Verbrechen entdeckt. Auf diesem Gelände haben die Kleingartenpächter der Stadt Berlin, Abteilung Nordend, ihre Lauben und Gärten. Die Gärten erstrecken sich zu beiden Seiten der Chaussee, die von Niederschönhausen nach Biantenfelde führt, und liegen etwa einen Kilometer von dem Begräbnisplatz der Altonaer-Gemeinde entfernt. Am Sonntag vormittags gegen 9 1/2 Uhr kam der Besitzer der Laube Nr. 848, ein Herr Bredlow, hinaus, um nach seinem Garten zu sehen. Als er die Tür geöffnet hatte und den Raum betrat, war dieser völlig dunkel. Das Fenster war mit einem dunklen Tuch verhängt. Auf dem Liegestuhl lag die Leiche einer etwa 25 Jahre alten Frau. Die Hände der Toten lagen in ihrem Schoße, dabei eine Mauser-Schnelade pistole Kaliber 6,35 Millimeter. Ueberraschend schnell hat dann das Verbrechen seine Aufklärung gefunden.

Alles deutete darauf hin, daß hier ein Selbstmord vor-gegangen worden war. Die verschiedensten Umstände, z. B. daß die Gartenpächter bei der Ankunft des Laubenbesizers verschlossen und an den Blumen und Sträuchern keine Beschädigung zu entdecken war, gaben der Nordkommission Anhaltspunkte, daß der Toter mit der Verstorbenen genau verirat gewesen sein mußte. So war der

